



An den Grossen Rat

19.5520.03

ED/P195520

Basel, 26. Mai 2021

Regierungsratsbeschluss vom 25. Mai 2021

Bericht zur Motion Sibylle Benz und Konsorten betreffend «Durchlässigkeit der Ausbildungswege»

1. Ausgangslage

1.1 Motion Sibylle Benz und Konsorten

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 22. Januar 2020 die nachstehende Motion Sibylle Benz und Konsorten dem Regierungsrat zur Stellungnahme überwiesen:

„Pädagogisch ist unumstritten, dass einzelne Entwicklungsschritte von manchen Kindern früher, von manchen Kindern später gemacht werden. Am Ende der Schulpflicht nach neun bzw. elf Schuljahren (neue Zählung mit Kindergarten) treten die Schülerinnen und Schüler im Kanton Basel-Stadt entweder in eine weiterführende schulische oder in eine weiterführende berufliche Ausbildung ein. Für eine Anzahl von Jugendlichen ist diese Entscheidung noch nicht bewältigbar, sie warten auf ein berufliches Praktikum, auf eine Lehrstelle, wissen noch nicht oder können noch nicht entscheiden, welcher weitere Ausbildungsweg für sie der richtige ist. Viele dieser Schülerinnen und Schüler besuchen das zehnte Schuljahr im Zentrum für Brückenangebot. Wichtigstes Ziel dieser Schule ist es, wie der Name sagt, eine «Brücke zu bauen» zwischen Schule und Beruf. Das ZBA bietet drei verschiedene Profile an, nämlich das kombinierte Profil (die Jugendlichen sind von Anfang an die Hälfte der Woche in einem Betrieb in einem Praktikum), das integrierte Profil (neu in der Schweiz lebende Jugendliche werden sprachlich und allgemeinbildnerisch auf die folgende (Berufs-)Ausbildung vorbereitet) und das schulische Profil (Jugendliche, die nach der obligatorischen Schule weder den direkten Übergang in die Berufsbildung noch an eine weiterführende Schule bewältigen konnten, in ihrer Berufswahl noch unentschlossen oder vielleicht bei der Lehrstellensuche auf Schwierigkeiten gestossen sind, machen ein weiteres Schuljahr, bevor sie eine Ausbildung antreten können).

In allen drei Profilen werden junge Menschen ausgebildet, die ihre Ressourcen später in verschiedenen Bereichen der Arbeitswelt einbringen werden. Bis zum Schuljahr 2017/2018 bestand die Möglichkeit, dass sich Schülerinnen und Schüler mit sehr guten Leistungen über einen bestimmten Notenschnitt ohne Prüfung beziehungsweise über eine Aufnahmeprüfung für die weiterführenden Schulen (FMS, WMS, IMS) qualifizieren konnten. Ab Schuljahr 2018/2019 wurde diese Regelung abgeschafft und den Schülerinnen und Schülern des ZBA der Zutritt zu einer dieser Schulen - Ausnahme «sur Dossier», das sind ad personam Empfehlungen für die Aufnahme in einen bestimmten Ausbildungsweg - verwehrt. Dies widerspricht einem klaren Ziel der Bildungspolitik unseres Kantons, nämlich dem Anspruch, die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Schulen durch Passerellen und Brücken möglichst offen zu gestalten. Warum gerade das ZBA, welches schon im Namen den Begriff "Brückenangebot" führt, diesem Anspruch nicht gerecht werden soll, ist unverständlich: Diese Schule muss noch mehr als alle anderen Brücken bauen und Türen öffnen!

Es ist ein falsches Zeichen, in diesem Ausbildungsstadium bestimmte Ausbildungswege von vorneherein ausschliessen zu wollen. Auch wenn die meisten Abgängerinnen und Abgänger des ZBA in die berufliche Grundausbildung eintreten werden, gibt es, insbesondere aus dem schulischen und dem integrierten Profil, immer wieder Jugendliche, die die schulische Ausbildung auf der Sekundarstufe II verfolgen wollen und dies auch können. Im Ratschlag "Gesamtschweizerische und regionale Harmonisierung der Schulen (Bildungsraum Nordwestschweiz)", der dem grossrätlichen Beschluss zur Zustimmung zu HarmoS mit Datum 5. Mai 2010 zu Grunde liegt steht: "Die Schule für Brückenangebote bereitet einen Teil der Volksschulabsolventinnen und -absolventen auf den allgemeinbildenden und berufsbildenden Weg der Sekundarstufe II vor." Den Unterzeichnenden ist es ein Anliegen, dass auch dieser Weg offen ist, wie dies bis vor einem Jahr der Fall war und nun ohne Not verunmöglicht worden ist.

Die Unterzeichnenden fordern deshalb vom Regierungsrat eine entsprechende Anpassung der Schullaufbahnverordnung und eventualiter weiterer Erlasse, nach Möglichkeit auf das Schuljahr 2021 / 2022, damit den Schülerinnen und Schülern des ZBA (Schule "Zentrum für Brückenangebote") der Zutritt zu einer weiterführenden Schule (FMS, WMS, IMS) über eine neutrale Aufnahmeprüfung wieder - wie bis anhin - ermöglicht wird, unabhängig von ad personam Aufnahmen, die individuelle Lösungen für Einzelfälle darstellen.

Sibylle Benz, Franziska Roth, Beatrice Messerli, Alexander Gröflin, Katja Christ, Thomas Widmer-Huber, Joël Thüring, Catherine Alioth, Esther Keller, Michela Seggiani, Peter Bochsler, Kerstin Wenk, Balz Herter“

1.2 Stellungnahme des Regierungsrates

Mit Schreiben 19.5520.02 vom 8. April 2020 hat der Regierungsrat zur Motion Sibylle Benz und Konsorten Stellung genommen und dem Grossen Rat beantragt, die Motion nicht zu überweisen. Der Regierungsrat war der Auffassung, dass die geltenden Regeln zum Übertritt in eine Mittelschule und die Positionierung des Zentrums für Brückenangebote (ZBA) als Zugang zur beruflichen Grundbildung den Jugendlichen die volle Durchlässigkeit der Bildungswege ermöglichen. Für die Einführung einer zusätzlichen Aufnahmeprüfung bestand nach Ansicht des Regierungsrates keine Notwendigkeit, sondern im Gegenteil, eine zusätzliche Aufnahmeprüfung würde falsche Anreize setzen und weitere Misserfolgserlebnisse fördern.

1.3 Überweisung der Motion zur Ausarbeitung einer Vorlage

An seiner Sitzung vom 16. September 2020 hat der Grosse Rat vom Schreiben des Regierungsrates an den Grossen Rat Kenntnis genommen und – entgegen dem Antrag des Regierungsrates – die Motion Sibylle Benz und Konsorten dem Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage für das Schuljahr 2021/2022 überwiesen.

2. Änderung der Schullaufbahnverordnung

2.1 Konsultation

Zur Umsetzung der Motion Sibylle Benz und Konsorten wurde ein Vorschlag für die Änderung der Schullaufbahnverordnung vom 12. September 2012 (SG 410.700) ausgearbeitet, der vom 3. November 2020 bis 7. Januar 2021 in Konsultation gegeben wurde. Den Konsultationspartnerinnen und -partnern wurde vorgeschlagen, dass die Möglichkeit, in einem Berufsvorbereitungsjahr die freiwillige Aufnahmeprüfung zu absolvieren, nicht auf die Jugendlichen im ZBA beschränkt werden soll. Es soll auf alle Jugendlichen ausgeweitet werden, die ein nachobligatorisches berufsvorbereitendes Angebot besuchen. Dazu gehören neben dem ZBA auch die Vorkurse und Vorlehren an den Berufsfachschulen, Motivationssemester usw.

Das Ergebnis der Konsultation zeigte, dass der Vorschlag einer Ausweitung von allen Konsultationspartnerinnen und -partnern begrüsst wurde.

2.2 Erlass eines neuen § 68a Schullaufbahnverordnung

Mit Beschluss vom 25. Mai 2021 hat der Regierungsrat einen neuen § 68a Schullaufbahnverordnung erlassen, welcher auf Beginn des Schuljahrs 2021/22 in Kraft tritt. Neu können Absolventinnen und Absolventen der Volksschule, die ein berufsvorbereitendes Angebot besuchen, in der zweiten Hälfte des Vorbereitungsjahrs die freiwillige Aufnahmeprüfung absolvieren. Wenn sie die freiwillige Aufnahmeprüfung bestanden haben, können sie provisorisch in die Fachmaturitätsschule (FMS) und definitiv in die Informatikmittelschule (IMS), Wirtschaftsmittelschule (WMS) und Berufsmatur (BM) übertreten.

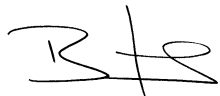
3. Umsetzung der Motion Sibylle Benz und Konsorten

Mit Erlass des neuen § 68a Schullaufbahnverordnung auf Beginn des Schuljahrs 2021/22 wurde das Anliegen der Motion, den Schülerinnen und Schülern des ZBA den Zutritt zu einer weiterführenden Schule (FMS, WMS, IMS) über eine neutrale Aufnahmeprüfung wieder zu ermöglichen, erfüllt.

4. Antrag

Gestützt auf unsere Ausführungen beantragen wir dem Grossen Rat, die Motion Sibylle Benz und Konsorten betreffend «Durchlässigkeit der Ausbildungswege» als erledigt abzuschreiben.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Beat Jans
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin